

ALEXANDER GRIEBEL

DAS JAHR 1918 IM LICHTE NEUER  
PUBLIKATIONEN

Die Herausgabe der beiden Schlußbände des vom Reichsarchiv und von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres verfaßten deutschen Werkes über den Weltkrieg 1914/18 durch das Bundesarchiv in Koblenz<sup>1</sup> hat unser Wissen über den ersten Weltkrieg bereichert und die wissenschaftliche Forschung und Auseinandersetzung von neuem angeregt. Für sie sind ferner neben der von seiner Tochter verfaßten Biographie<sup>2</sup> und den von General Groener selbst verfaßten Memoiren<sup>3</sup> zwei Publikationen zu nennen, die unsere Kenntnisse über den Krieg 1914/18 in wichtigen Punkten berichtigen und erweitern. Es handelt sich um Aufzeichnungen zweier Generalstabsoffiziere: Stefan v. Velsen<sup>4</sup> und Albrecht v. Thaer<sup>5</sup>.

Im Rahmen eines Aufsatzes kann es natürlich nicht unsere Aufgabe sein, die genannten Publikationen in ihrer Gesamtheit kritisch zu würdigen. Vielmehr soll zu einigen Fragen Stellung genommen werden, die nach unserer Meinung vom Reichsarchiv nicht oder nicht umfassend genug behandelt worden sind oder die durch neuere Publikationen eine Berichtigung erfahren haben. Die vorliegende Studie will nicht apodiktische Urteile fällen, sie will vielmehr die Diskussion anregen; denn mittlerweile stehen uns auch die Erfahrungen des Krieges 1939/45 zur Verfügung, und es hat sich ergeben, daß im Kriege 1914/18 getroffene Maßnahmen nachher zu Unrecht kritisiert worden sind. Manche Erscheinungen haben sich unter zum Teil ganz veränderten Verhältnissen in geradezu gesetzmäßiger Weise im zweiten Weltkrieg wiederholt.

Zunächst seien einige Angaben über v. Thaer (geb. 1868) vorausgeschickt: Erst nach dem Studium des Rechtswissenschaften wurde er Offizier. In den Weltkrieg zog er 1914 als Ia des Gardekorps. Ab Januar 1915 war er Chef des Generalstabes des IX. Reservekorps. Zu dieser Zeit beginnen seine Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, die bis August 1919 reichen. Als Korpschef nahm er an den Abwehr-

<sup>1</sup> Der Weltkrieg 1914/1918, Bd. XIII: Die Kriegführung im Sommer und Herbst 1917, Die Ereignisse außerhalb der Westfront bis November 1918, XVI u. 483 S. u. 50 Beilagen; Bd. XIV: Die Kriegführung an der Westfront im Jahr 1918, XVI u. 793 S. u. 55 Beilagen in gesondertem Band; in der Folge zitiert: Reichsarchiv XIII bzw. XIV. Eine Nebenfrucht aus der Entstehung dieser Bände ist Wolfgang Foerstlers Schrift: Der Feldherr Ludendorff im Unglück, Wiesbaden 1952.

<sup>2</sup> Dorothea Groener-Geyer: General Groener, Soldat und Staatsmann, Frankfurt 1955.

<sup>3</sup> Wilhelm Groener: Lebenserinnerungen, hrsg. v. Friedrich Frhr. Hiller v. Gaertringen, Göttingen 1957.

<sup>4</sup> Stefan v. Velsen: Deutsche Generalstabsoffiziere im ersten Weltkrieg 1914/18, Erinnerungen, in: Die Welt als Geschichte, 16 (1956), S. 250–293.

<sup>5</sup> Generalstabsdienst an der Front und in der OHL, Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915/1919; unter Mitarbeit v. Helmuth K. G. Rönnefarth hrsg. v. Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958 (In der Folge zit.: Thaer).

schlachten an der Somme 1916, bei Arras und in Flandern 1917 teil, sodann an der „Michael“-Offensive im März und dem Angriff bei Armentières („Georgette“) im April 1918. Am 24. April 1918 wurde er Chef des Generalstabes beim Generalquartiermeister II im Großen Hauptquartier.

Wer in so verantwortlichen Stellungen stand wie Thaer, der mußte bei nüchterner Beobachtung der Dinge einen Überblick über das Gesamtgeschehen gewinnen, wie er nicht alltäglich war. Seine Aufzeichnungen beweisen es. In einem Brief vom 14. August 1916 wendet er sich scharf gegen die offizielle Berichterstattung: „Immer Maul voll und Vorschußlorbeeren<sup>6</sup>.“ Schon früh erkennt er die Gefahr, die in den feindlichen Tanks liegt. Bereits am 30. Januar 1917 schreibt er: „Fortgesetzt beschäftigt mich die Frage der Tanks . . . Bei der OHL werden sie wohl unterschätzt<sup>7</sup>.“

Wenn die Aufzeichnungen Thaers ungewöhnlichen Quellenwert für die Kriegsgeschichte besitzen, so wird freilich nicht zu verschweigen sein, daß die Briefe, die er während der genannten Zeit an seine Frau gerichtet hat, häufig Dinge erwähnen, die außerhalb des engsten dienstlichen Personenkreises keinen Platz hätten haben dürfen. Seit dem Erscheinen der Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann (Berlin 1929, 2 Bände) sind uns denn auch so freimütige Äußerungen aus der Zeit des ersten Weltkrieges über oft wirklich geheimzuhaltende Vorgänge nicht bekanntgeworden.

#### Das Festlaufen der Offensiven im März und April 1918

Nach dem verlorenen Kriege erschien eine große Zahl von Schriften und Aufsätzen, die sich mit der Frage befaßten, ob eine so schwere Niederlage, wie wir sie erlebten, zwangsläufig war, oder ob nicht wenigstens ein Remis möglich gewesen wäre. Bei der Beurteilung des Scheiterns der Frühjahrsoffensive riefen Ausschreitungen der Kampftruppe bei Eroberung feindlicher Magazine die Alkoholgegner auf den Plan. Der Gießener Theologieprofessor Dr. Hans Schmidt, während der Kämpfe des Jahres 1918 Bataillonskommandeur und Regimentsführer, schrieb im Jahre 1924 eine Schrift, die den Titel trug: „Warum haben wir den Krieg verloren? Das Scheitern des deutschen Angriffs im Frühjahr und Sommer 1918<sup>8</sup>.“ Er glaubte, die Ursache für das Scheitern dieser Angriffe in den unheilvollen Wirkungen des Alkohols gefunden zu haben. Professor Schmidt übersandte seine Schrift auch General Groener. Dieser teilte seine Ansicht über die verhängnisvollen Auswirkungen der Eroberung feindlicher Magazine auf die Frühjahrsoffensiven, lehnte es aber nachdrücklich ab, den Schlußfolgerungen Schmidts recht zu geben, daß wir deshalb den Krieg verloren hätten<sup>9</sup>. Diese Frage steht nun erneut zur Erörterung.

<sup>6</sup> Thaer, S. 84.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 104f.

<sup>8</sup> 5. Auflage, 12.–19. Tsd., Hamburg 1925, in der Folge zitiert: Schmidt I.

<sup>9</sup> Der Briefwechsel mit Groener und weiteres aufschlußreiches Material wurde veröffentlicht in dem Buch: „Unsere Niederlage im Weltkrieg, Militärische Einwände gegen meine Schrift über das Scheitern der deutschen Angriffe im Frühling und Sommer 1918 und meine Erwiderungen“, Hamburg 1925, S. 43 ff.; in der Folge zitiert: Schmidt II.

Über das Festlaufen der am 21. März begonnenen Michael-Offensive am 26. März heißt es nämlich in der jetzt veröffentlichten Darstellung des Reichsarchivs<sup>10</sup>: „Die Ansicht, daß der Angriff vor allem infolge übermäßigen Genusses der in Albert gefundenen Vorräte an Verpflegung und Getränken liegen geblieben sei, hat sich als unzutreffend erwiesen, wenngleich mancher ausgehungerte und übermüdete Soldat der Versuchung erlegen sein mag.“ Hierzu weiß nun Oberst v. Thaer ganz anderes zu berichten<sup>11</sup>. Nach seiner Versetzung ins Große Hauptquartier meldete er sich am 1. Mai 1918 bei Hindenburg und Ludendorff. Der Korpschef der Abwehrschlachten hatte sich vorgenommen, den obersten Führern ein ungeschminktes Bild zu zeichnen. Bei seiner Meldung gab er daher eine sehr nüchterne Beurteilung der Lage. Darauf reagierte Hindenburg mit den Worten: „Na, mein lieber Herr v. Thaer, Ihre Nerven sind nun gewiß durch die letzten üblen Wochen, die Sie hinter sich haben, etwas mitgenommen. Ich denke, an der guten Stimmung im Großen Hauptquartier werden Sie sich nun bald wieder aufrichten.“ Ähnliches wiederholte sich kurz darauf bei der Meldung beim Ersten Generalquartiermeister. Ludendorff rief: „Was soll ihr ganzes Geunke? Was wollen Sie von mir? Soll ich jetzt Frieden à tout prix machen?“ Thaer antwortete: „Exzellenz, davon habe ich doch wohl kein Wort gesagt . . . Mir ist es Pflicht, und zwar sehr schmerzliche, darauf hinzuweisen, daß unsere Truppe nicht besser wird, sondern allmählich immer schlechter . . .“ Ludendorff fuhr fort: „Wenn die Truppe schlechter wird, wenn die Disziplin nachläßt, so ist das Euere Schuld, die Schuld aller Kommandostellen vorne, die nicht zufassen. Wie wäre es sonst möglich, daß ganze Divisionen sich festgefressen und festgesoffen haben bei erbeuteten feindlichen Magazinen und nicht den so nötigen Angriff weiter vorwärtstrugen. Das ist doch der Grund, daß die große März-Offensive und jetzt Georgette nicht weitergekommen sind!“

Operatives Ziel der Michael-Offensive war, Franzosen und Engländer zu trennen und die Engländer gegen die Küste zu werfen. Der Einnahme von Amiens kam in dieser Planung der OHL größte Bedeutung zu. In der Zuschrift eines Mitkämpfers jener Tage heißt es, die Offensive sei bei Albert im Rauschtrank ersoffen<sup>12</sup>. Rudolf G. Binding, damals Ordonnanzoffizier einer der Angriffsdivisionen, verzeichnet am 28. März 1918 in seinem Tagebuch seine Beobachtungen, die er in Albert gemacht hatte. Große Teile der kämpfenden Truppe seien dem Einfluß des Alkohols erlegen<sup>13</sup>.

Bei den Angriffen im April 1918 auf Armentières und den Kemmelberg hat sich ähnliches zugetragen. Es kam am 14. April zu Stockungen. Das Reichsarchiv weiß von großen Abgängen, insbesondere an Offizieren zu berichten. „Dazu kam, daß viele Kämpfer den in allen Orten reichlich vorgefundenen Weinvorräten nur zu

<sup>10</sup> Reichsarchiv XIV, S. 191.

<sup>11</sup> Thaer, S. 195 ff.

<sup>12</sup> Schmidt I, S. 22.

<sup>13</sup> Aus dem Kriege, Frankfurt 1929, S. 303 ff. Kronprinz Rupprecht von Bayern, Mein Kriegstagebuch, Berlin 1929, Bd. II, S. 383, 387, weiß ähnliches zu berichten.

leicht zum Opfer fielen<sup>14</sup>.“ General v. Kuhl, ein scharfer Gegner der Thesen des Professors Schmidt, sagt dennoch selbst in einem Aufsatz<sup>15</sup>: „Daß bei der April-Offensive in den eroberten Städten Estaires und Merville die großen Weinvorräte, auf die unsere Truppen stießen, mehrfach zu großer Trunkenheit und Disziplinwidrigkeiten Anlaß gegeben haben, ist richtig.“ Binding schreibt rückschauend unter dem 19. April 1918 in sein Tagebuch<sup>16</sup>: „Es ist nachgerade sicher, daß der Grund, der uns Amiens nicht erreichen ließ, in der Plünderung von Albert und Moreuil lag.“

Auf Anraten des Reichswehrministers Dr. Gessler, dem Schmidt die erste Auflage seiner Arbeit übersandt hatte, überprüfte er seine Studie an Hand der amtlichen Unterlagen des Reichsarchivs. Er fand seine Angaben voll bestätigt, insbesondere durch Befehle hoher Kommandostellen, die im Reichsarchiv aufbewahrt wurden<sup>17</sup>. In einem Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres Ia Nr. 8078 geh. op. vom 9. Mai 1918, der die Unterschrift Ludendorffs trägt, wird aus dem Notizbuch eines gefallenen französischen Offiziers vertraulich eine Stelle wiedergegeben, die Erfahrungen hätten gelehrt, daß die Suche nach Wein die deutschen Angriffstruppen aufgehalten habe. Diese Tatsache müsse man sich zunutze machen<sup>18</sup>. Ferner war Schmidt in der Lage, einen Befehl ähnlichen Inhalts des Oberbefehlshabers der 6. Armee vom 15. April 1918 (Ia Nr. 2814 geh.) wiederzugeben<sup>19</sup>.

Auch ein Befehl des Generalkommandos des III. Bayrischen Armeekorps vom 16. April 1918 (Ia Nr. 39827) weist auf ähnliche Vorgänge hin<sup>20</sup>. Der Kommandierende General des Generalkommandos (z.b.V.) Nr. 54 ging so weit, aus den genannten Gründen seinen Truppen das Betreten von Soissons zu verbieten. Schmidt kann wiederum einen wörtlichen Auszug aus dem Korpsbefehl vom 28. Mai 1918 anführen<sup>21</sup>. Das Reichsarchiv aber schreibt auch diesen „Disziplinwidrigkeiten“, weil sie sich „im wesentlichen auf rückwärtige Teile beschränkten“, auf das Ergebnis der Kämpfe keine „nennenswerte Rückwirkung“ zu<sup>22</sup>.

Warum haben die Verfasser des Bandes XIV des Reichsarchivwerks solche Vorgänge, die zu erheblichen Aufenthalten der Kampftruppen führten und damit die Stockungen der Angriffsoperationen verschärften, derart bagatellisiert? In seinem Vorwort zu Band XIII sagt das Bundesarchiv: „Der sieglose Ausgang des Krieges hätte die schärfste Untersuchung über die Bewahrung von Einrichtungen und Persönlichkeiten veranlassen müssen. Fehler und Versagen und vor allem ihre Gründe hätten dann darstellungsmäßig nicht weniger berücksichtigt werden

<sup>14</sup> Reichsarchiv XIV, S. 284.

<sup>15</sup> „Deutscher Offizierbund“ 1925, S. 329, zit. bei Schmidt I, S. 40.

<sup>16</sup> Binding a. a. O., S. 317 f.

<sup>17</sup> Schmidt I, S. 9.

<sup>18</sup> A. a. O., S. 44.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 39.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 40.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 71.

<sup>22</sup> XIV, S. 348.

müssen als die unantastbaren großen Leistungen von Heer und Führung.“ Die Verfasser des Weltkriegswerkes hätten sich aber die Aufgabe gestellt, „eine . . . dem Andenken unseres ehemaligen Heeres und seiner Taten in jeder Hinsicht würdige Darstellung zu schaffen“ und „dem Ansehen des alten Heeres in seiner Gesamtheit Rechnung zu tragen und seinen Ruhm der Nachwelt zu überliefern“.

Die Auffassung der Autoren des Weltkriegswerks von ihrer Aufgabe zeigt hier eine bedenkliche Schwäche. Rückhaltlose Klarstellung aller Mängel und Irrtümer konnte für die Zukunft nur von Vorteil sein. Beschönigen war auf jeden Fall von Übel; denn schon in früheren Kriegen hatten sich ähnliche Erscheinungen gezeigt<sup>23</sup>, und auch 1940 hören wir von ähnlichen Vorkommnissen<sup>24</sup>. Hätte eine nüchterne Darstellung der Ereignisse das Ansehen des deutschen Soldaten gefährdet? Eher wird man sagen müssen, daß die oberste Führung bei ihrer Planung einen wichtigen Punkt außer acht gelassen hat. Konnte sie erwarten, daß nach dreieinhalb Jahren härtesten Kriegerlebens die Manneszucht in der Armee noch so gefestigt war, daß der Soldat solchen Versuchungen widerstehen würde? Um so erstaunlicher ist das von Thaer überlieferte scharfe Urteil Ludendorffs, das die eigentlichen Gründe verkennt und von der Schuld „aller Kommandostellen vorne“ spricht. An Verantwortungsbewußtsein aber hat es den Offizieren der unteren und mittleren Führung sicher nicht gefehlt. Rudolf G. Binding begegnete am 28. März 1918 in Albert dem Leutnant einer Marine-Infanterie-Einheit. Der Offizier war verzweifelt. „Ich fragte ihn, was nun werden sollte? Man müsse doch unge säumt vorwärts! Er erwiderte ernst und sachlich: ‚Ich kriege meine Leute nicht mehr aus diesem Keller heraus, ohne daß Blut fließt‘<sup>25</sup>.“

Deshalb ist die Frage nicht unberechtigt: War der deutsche Soldat im Frühjahr 1918 nach den schweren Entbehrungen der vorausgegangenen Jahre moralisch und physisch noch so intakt, daß ihm eine Aufgabe zugemutet werden konnte, die der Feind in drei Kriegsjahren trotz großer materieller Überlegenheit nicht zu meistern vermocht hatte? Diese Frage hätte eine sorgfältige Untersuchung verdient – vor der Planung der Offensive 1918 wie auch bei der Darstellung ihres Scheiterns durch das Reichsarchiv.

In Groeners Briefen an Professor Schmidt finden wir Ansätze zu einer tiefer dringenden Prüfung der Frage. Groener vermutet, die OHL habe beim Entwurf der Durchbruchoperation den eigenen Truppen größere Leistungen zugemutet als den feindlichen sowie der feindlichen Führung weniger Geschicklichkeit und

<sup>23</sup> Schmidt II, S. 14ff.

<sup>24</sup> Ernst Jüngers Tagebuch des Frankreich-Feldzugs „Gärten und Straßen“, 5. Aufl. Tübingen 1950, berichtet unter dem 26. 5. 40 (S. 158): „Überhaupt ist die Vormarschstraße von Sekt-, Bordeaux- und Burgunderflaschen gesäumt. Ich zählte wenigstens eine auf den Schritt, abgesehen von den Lagerplätzen, die aussahen, als ob es Flaschen geregnet hätte. Das gehört ja wohl bei einem Feldzug nach Frankreich zur Überlieferung. Jeder Einmarsch germanischer Heere ist von einem Tieftrunk begleitet, wie ihn die Götter der Edda taten und dem kein Vorrat gewachsen ist.“

<sup>25</sup> Binding a. a. O., S. 304.

Energie zugetraut als sich selbst. Es sei ein grundsätzlicher Fehler, etwaige Glücksumstände in das Kalkül einzustellen, denn das Glück verteile seine Gaben meist unparteiisch, indem beide Seiten Fehler machten<sup>26</sup>. Wenn wir ehrlich gegen uns selbst sein wollten, müßten wir bekennen, daß das Pochen auf unsere geistige Überlegenheit sich gerächt habe<sup>27</sup>. „Wir mögen uns drehen und wenden, wie wir wollen, es bleibt m. E. nichts übrig, als die Grundursache des Mißerfolges von 1918 objektiv in der mit unzureichenden Mitteln unternommenen Operation zu suchen<sup>28</sup>.“

Die damaligen Ereignisse regen aber noch zu weiteren Überlegungen an. Das Werk des Untersuchungsausschusses des Deutschen Reichstages über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 (UDZ) enthält Gutachten der Sachverständigen Professor Dr. Martin Hohohm und des Majors a. D. E. O. Volkmann: Soziale Heeresmißstände als Teilursache des deutschen Zusammenbruchs von 1918. Beide Gutachter waren Mitglieder des Reichsarchivs<sup>29</sup>. Hier wurde wertvolles Material zusammengetragen. Leider haben die Verfasser des Bandes XIV dieses Material unbeachtet gelassen.

Schließlich stehen uns heute auch für die Beurteilung der strategischen Planung im Frühjahr 1918 die Erfahrungen eines neuen Frankreich-Feldzuges zur Verfügung. Im Jahre 1940 standen die deutschen Divisionen nicht nur in Amiens, sie standen auch in Calais und Dünkirchen und in Abbéville. Nicht einmal Paris bedeutete den Sieg. Wie hätte Amiens den Sieg bedeuten können, da der Gegner sich täglich zahlenmäßig verstärkte und auf deutscher Seite die Gefahr der Erschöpfung der Menschenkraft in gleichem Maße zunahm. Man könnte einwenden, das sei Weisheit post festum. Doch das Reichsarchiv schreibt: „Die Zuspitzung der Ersatzlage seit dem Sommer 1917 zeigte in drohender Weise, daß die deutsche Wehrkraft ihrer Erschöpfung entgegenging<sup>30</sup>.“

„Und das ‚Glück von Amiens‘ blieb ebenfalls aus! Es ist nötig“, sagt Groener, „dieses etwas näher zu betrachten, weil es geradezu zum Schlagwort geworden ist, ja, wenn wir Amiens bekommen hätten, dann wäre der Sieg unser gewesen.“ Gingen die über Amiens führenden Eisenbahnverbindungen den Franzosen verloren, so wäre das für sie zweifellos ein erheblicher Verlust gewesen. Die Querverbindungen hinter der französischen Front hätten dadurch zunächst eine empfindliche Störung erfahren. Aber, so ist mit Recht von Groener eingewandt worden, entscheidend war, „ob uns die Kräfte zu Gebote standen, um den nördlichen Teil des Feindes, d. h. die Engländer, von Amiens aus durch Umfassung zu vernichten. Und diese Kräfte fehlten uns von vornherein<sup>31</sup>.“

Diese Gedanken sind niedergeschrieben worden, als die Erfahrungen eines

<sup>26</sup> Schmidt II, S. 45 ff.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 57.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 58; Velsen a. a. O., S. 274. Für die Zweifel von v. Kuhl u. Graf v. d. Schulenburg s. Reichsarchiv XIV, S. 92 f.

<sup>29</sup> UDZ Bd. XI, 1. u. 2. Halbbd., Berlin 1931.

<sup>30</sup> Reichsarchiv XIV, S. 30.

<sup>31</sup> Schmidt II, S. 48; vgl. auch Velsen a. a. O., S. 280 f.

neuen Feldzuges gegen Frankreich noch nicht zur Verfügung standen. Im Jahre 1925 hat sie General Groener in seinem Briefwechsel mit Professor Hans Schmidt ausgesprochen. Wir ersehen daraus, daß Groener sich nicht von Wunschträumen leiten ließ. Er erblickt den Grund für unsere Niederlage in der feindlichen Überlegenheit; denn die Fabriken der ganzen Welt seien in Höchstbetrieb gewesen gegen die beschränkte Produktionsfähigkeit der Mittelmächte<sup>32</sup>.

Hindenburg überschreibt in seinem Erinnerungsbuch das letzte Kapitel, das den Ereignissen seit dem 8. August 1918 gewidmet ist: „Über unsere Kraft“. Der Darstellung des Reichsarchivs können wir entnehmen, daß schon vorher die Pläne der OHL unsere Reserven an Menschen und Material überstiegen hatten, ohne daß diese Folgerung eigentlich gezogen wird.

### Das Hissen der weißen Fahne

Nach den Niederlagen vom 18. Juli (Villers-Cotterêts) und 8. August (Einbruch der Kanadier bei der 2. Armee) erklärte der Kaiser am 10. August nach einem Vortrage Ludendorffs, er sehe ein, wir müßten die Bilanz ziehen. Wir seien an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Der Krieg müsse beendet werden<sup>33</sup>.

Ludendorff hielt es für nötig, dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes jetzt ohne jede Verschleierung klaren Wein über die militärische Lage einzuschenken. Er erbat ihren Besuch in Spa. Bei dem Kronrat am 14. August führte der Staatssekretär v. Hintze aus, die Siegeszuversicht unserer Feinde sei zur Zeit größer denn je. Auch bei den Neutralen habe sich die Überzeugung gebildet, allein durch die Zeit seien die Mittelmächte zur Niederlage verurteilt<sup>34</sup>. Gegenüber dem österreichischen Bundesgenossen wurde dagegen auch jetzt noch nicht mit offenen Karten gespielt<sup>35</sup>. Am gleichen Tage nämlich war Kaiser Karl mit seinem Außenminister Graf Burian und seinem Generalstabschef Frhr. v. Arz in Spa eingetroffen. Kaiser Karl suchte Unterstützung von deutscher Seite für sein Friedensangebot, das er hinausgehen lassen wollte. Die Österreicher wollten wissen: „Was will man in der Zukunft, wie lange will man den Krieg führen, wie und wann wären Maßnahmen zu ergreifen, um sich mit der Entente in Verbindung zu setzen?“ – Die deutschen Heerführer erklärten, zur direkten Aufnahme von Verhandlungen mit dem Gegner sei die Zeit noch nicht gekommen, die Lage sei augenblicklich schwierig und für einen solchen Schritt ungeeignet.

<sup>32</sup> Schmidt II, S. 46.

<sup>33</sup> Reichsarchiv XIV, S. 622, nach A. Niemann, *Revolution von oben – Umsturz von unten*, 4.–6. Aufl., Berlin 1928, S. 87.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 623.

<sup>35</sup> Vgl. auch das Protokoll über den Kronrat am 14. August. Der ursprüngliche Text: „Generalfeldmarschall v. Hindenburg hofft, daß es dennoch gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen“ wurde auf Verlangen Ludendorffs durch die Fassung ersetzt: „Generalfeldmarschall v. Hindenburg führt aus, daß es gelingen werde...“ (Ludendorff: *Urkunden der OHL*, Berlin 1920, S. 502 und Reichsarchiv XIV, S. 624).

Als Zeitpunkt für ein offenes Hervortreten mit Friedensabsichten käme erst „etwa Anfang des Herbstes“ in Betracht. Das auszumachen, sei Sache der Diplomatie<sup>36</sup>.

Am 2. September indessen mußte Ludendorff sich entschließen, die Front in die Siegfriedstellung zurückzunehmen. Da er den Eindruck hatte, die Reichsregierung sehe die Lage nicht ernst genug an, beauftragte er den Vertreter der OHL beim Reichskanzler, er solle sofort Staatssekretär v. Hintze über die Lage unterrichten und nichts beschönigen. Der Staatssekretär müsse daraus die Konsequenzen ziehen<sup>37</sup>. Am 3. September erbat der Reichskanzler eine Beurteilung der militärischen Aussichten für die nächste Zukunft. Diese Bitte war jedoch von dem Chef der Politischen Abteilung der OHL, General v. Bartenwerffer, und Oberst v. Mertz, dem Chef der Operationsabteilung Balkan, angeregt worden, da sie der Auffassung waren, der Reichskanzler sei über den Ernst der Lage nicht genügend unterrichtet.

Man sollte nun erwarten, die Antwort der OHL wäre sehr deutlich ausgefallen. Am 4. September antwortete Hindenburg aber, die Kriegslage sei zweifellos sehr gespannt, der deutsche Kräfteverbrauch, vor allem infolge der feindlichen Tanks, sei sehr hoch und werde durch den eintreffenden Ersatz nicht gedeckt; der Feldmarschall hoffe aber, die Lage trotzdem zu halten. Irgendeine größere Offensive werde er in diesem Jahr wohl kaum mehr ergreifen können. Sie allein könne einen endgültig entscheidenden Umschwung herbeiführen<sup>38</sup>. Das also war die Antwort der OHL auf die Frage des Reichskanzlers, nachdem Ludendorff seinen Vertreter angewiesen hatte, nichts zu beschönigen.

Am 7. September stellte Kaiser Karl schriftlich einige Fragen zur militärischen Situation. Vor deren Beantwortung erbat die OHL den Besuch des Reichskanzlers. In seiner Vertretung kam am 9. September der Staatssekretär des Auswärtigen Amts nach Spa. Grundgedanke der an Kaiser Karl erteilten Antwort war: Wir bleiben stehen, wo wir sind<sup>39</sup>. – Mit Friedensvermittlung ohne Aufschub durch eine neutrale Macht war Hindenburg nunmehr einverstanden. Die österreichische Note „An Alle“ wurde jedoch von der deutschen OHL erneut scharf abgelehnt. Trotzdem ging die Note am 14. September an alle kriegführenden Mächte. Die Reichsleitung war betroffen. Der Zwiespalt unter den Bundesgenossen war nunmehr aller Welt offenbar. – Die Reichsregierung ihrerseits wollte sich zu gegebener Zeit an Präsident Wilson wenden; damit erklärte sich die OHL am 24. September einverstanden. Da wurde am 25. September das Waffenstillstandsangebot Bulgariens bekannt. Damit war die Türkei in Gefahr, und es mußte mit dem erneuten Kriegseintritt Rumäniens gerechnet werden. Österreich konnte sich dann nicht mehr halten. Als der Ausbruch einer Lungengrippe bei den französischen Truppen in Südfrankreich gemeldet wurde, mußte der Vertreter des Auswärtigen Amts bei der OHL, Frhr. v. Lersner, am gleichen Tage auf Wunsch Ludendorffs die Nachricht an den Reichs-

<sup>36</sup> Reichsarchiv XIV, S. 624.

<sup>37</sup> Reichsarchiv XIV, S. 626 mit Fußnote 2.

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 627.

kanzler weitergeben. Unter dem Eindruck dieser Unterredung sagte Lersner zu Ludendorff: „E. E. haben mir heute zum ersten Male hiermit ein klares Bild der Kriegslage gegeben. Ich werde sofort die kaiserliche Regierung in Kenntnis setzen“<sup>40</sup>.“

Am 29. September traf Staatssekretär v. Hintze in Spa ein. In einer Besprechung mit Hindenburg, Ludendorff und Heye, dem neuen Chef der Operationsabteilung, erklärte Ludendorff dem Sinne nach, die Lage des Heeres mache sofortigen Waffenstillstand nötig. Diese Erklärung kam dem Staatssekretär völlig überraschend und erweckte bei ihm den Eindruck, daß eine Katastrophe im Verzuge sei. In dieser Auffassung soll Hintze dadurch bestärkt worden sein, daß Heye ihm erzählt habe, Ludendorff habe in den letzten Tagen fast jeden Abend ihm zugerufen: „Heye, jetzt sind sie durch“<sup>41</sup>.“

Aus Thaers Tagebuch erfahren wir nun, wie Ludendorff die Notwendigkeit des Waffenstillstandsgesuchs vor seinem engsten Mitarbeiterkreis begründete. Am 1. Oktober wurden sämtliche Abteilungschefs zu Ludendorff gerufen; der General führte ungefähr folgendes aus<sup>42</sup>:

Er sei verpflichtet zu sagen, daß unsere militärische Lage furchtbar ernst sei. Täglich könne die Westfront durchbrochen werden. Er habe darüber in den letzten Tagen S. M. zu berichten gehabt. Zum ersten Male sei der OHL von S. M. bzw. vom Reichskanzler die Frage vorgelegt worden, was sie und das Heer noch zu leisten imstande seien. Er habe im Einvernehmen mit dem Generalfeldmarschall geantwortet: „Die OHL und das Heer seien am Ende; der Krieg sei nicht nur nicht mehr zu gewinnen, vielmehr stehe die endgültige Niederlage wohl unvermeidbar bevor . . . So sei vorauszusehen, daß dem Feind schon in nächster Zeit mit Hilfe der kampffreudigen Amerikaner ein großer Sieg, ein Durchbruch in ganz großem Stile gelingen werde, dann werde dieses Westheer den letzten Halt verlieren und in voller Auflösung zurückfluten über den Rhein und werde die Revolution nach Deutschland tragen. – Diese Katastrophe müsse unbedingt vermieden werden. Aus den angeführten Gründen dürfe man sich nun nicht mehr schlagen lassen. Deshalb habe die OHL von S. M. und dem Kanzler gefordert, daß ohne jeden Verzug der Antrag auf Herbeiführung eines Waffenstillstandes gestellt würde bei dem Präsidenten Wilson von Amerika zwecks Herbeiführung eines Friedens auf der Grundlage seiner 14 Punkte.“

Ludendorff fügte hinzu: Zur Zeit hätten wir keinen Kanzler; wer es werde, stehe noch aus. Er habe aber S. M. gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken hätten, daß wir so weit gekommen seien. Wir würden also diese Herren in die Ministerien einziehen sehen. Die sollten nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden müsse. Sie sollten die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt hätten . . .

Die Wirkung dieser Worte auf die Hörer war nach Thaer unbeschreiblich.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 629.

<sup>41</sup> Reichsarchiv XIV, S. 632 mit Fußnote.

<sup>42</sup> Thaer, S. 234 ff. (Hervorhebungen im Original!)

Während Ludendorff sprach, habe man leises Stöhnen und Schluchzen gehört, wohl den meisten seien unwillkürlich die Tränen über die Backen gelaufen.

Da Thaer anschließend an diese Eröffnungen bei Ludendorff Vortrag hatte, fragte er den General: „Glauben Exzellenz denn, daß die Feinde den Waffenstillstand gewähren werden? Würden Exzellenz es tun anstelle von Marschall Foch?“ Darauf bekam Thaer zur Antwort: „Nein, sicher nicht, erst recht zuzufassen. Aber vielleicht kommt auch ihm und seinen Leuten dieser Antrag erwünscht. Im Kriege kann man so etwas nie wissen.“

Auf einen Einwand Thaers erwiderte Ludendorff: „Mein lieber Thaer, Sie werden mir zutrauen, daß ich mir das alles hundertmal selbst vor Augen geführt habe. Es ist aber jetzt so meine letzte Hoffnung, vielleicht der Strohalm, an den ich mich klammere, daß vielleicht unserer Armee auf diese Weise erspart werden könnte, vernichtend geschlagen zu werden . . .“

Am 2. Oktober heißt es dann weiter bei Thaer<sup>43</sup>, Ludendorff habe ihm heute gesagt, Prinz Max von Baden ziere sich noch etwas, das Reichskanzleramt anzunehmen, aber er werde es schon tun. Am 4. Oktober abends zeichnet Thaer auf<sup>44</sup>, Prinz Max habe bisher keine Ahnung gehabt, daß er sogleich um Waffenstillstand bitten solle, nun sträube er sich ganz energisch dagegen und wolle sein Amt (das er in der Zwischenzeit angenommen hatte) nicht gleich mit einem solchen schrecklichen Akt beginnen. Ludendorff sitze aber wie auf Kohlen, er dränge immer schärfer, denn das Gesuch an Wilson verträge keinen Tag Verzögerung mehr.

Wohl keine Frage aus dem großen Geschehen des Weltkrieges 1914/18 ist so heftig diskutiert worden wie die des Waffenstillstands-Angebots. An ihr haben sich die Gemüter nicht mit Unrecht erregt. Denn die Überstürzung, mit der um Waffenstillstand gebeten wurde, hat Deutschland in den späteren Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden sehr geschadet. Durch mehr als drei Jahrzehnte wogte der Meinungsstreit. Die OHL suchte der Reichsleitung die Schuld für den Waffenstillstand zuzuschieben. Ludendorff schrieb eine Schrift „Das Verschieben der Verantwortlichkeit“. Wie diese in Wirklichkeit auf andere Schultern abgeladen werden sollte, dafür finden wir ein Beispiel in den Amtlichen Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918 (Berlin 1927). Unter Nr. 80 der Urkunden finden wir eine Aufzeichnung des Legationsrats v. Schmidthals v. 25. Okt. 1918, in der es u. a. heißt: „In der heutigen Pressekonferenz verlas der Chef des Kriegspresseamtes im Auftrage der OHL zwei Telegramme des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg zur vertraulichen Kenntnis und zur Verbreitung durch die Mundpropaganda, nicht aber durch die Presse. Das erste dieser Telegramme war gerichtet an den Herrn Reichskanzler und legte Verwahrung ein gegen Gerüchte, die dahin

<sup>43</sup> Thaer, S. 238. Prinz Max wußte, warum er „sich zierte“, den Posten des Konkursverwalters zu übernehmen. Er hat selbst den verzweifelten Kampf geschildert, den er gegen die OHL führen mußte, als sie von ihm das Hissen der weißen Fahne verlangte. In diesem Kampf ist er unterlegen, weil er allein stand. Prinz Max von Baden, *Erinnerungen und Dokumente*, Stuttgart 1927, S. 335 ff.

<sup>44</sup> Thaer, S. 238.

gingen, der Generalfeldmarschall habe seinerzeit ein sofortiges Friedensangebot verlangt und dabei darauf hingewiesen, es handle sich um eine Sache von Stunden.“

Nun erhalten wir vierzig Jahre nach jenen Ereignissen genaue Kenntnis von den Vorgängen, wie sie ein Augenzeuge erlebt und sofort in Tagebucheinträgen und Briefen festgehalten hat. Dadurch erhalten Thaers Aufzeichnungen ungewöhnliche Bedeutung<sup>45</sup>. Sie erhöht sich noch, wenn man Ludendorffs Worten vom 1. Oktober 1918 die Worte gegenüberstellt, die er dem gleichen Oberst v. Thaer am 1. Mai 1918 erwidert hatte, als dieser eine nüchterne Beurteilung der militärischen Lage gab: „Was soll Ihr ganzes Geunke? . . . Soll ich jetzt Frieden à tout prix machen?“

Hier wird eine sorgenvolle Bemerkung einzuschalten sein, die Groener aus einem Gespräch am 28. August 1916 mit Oberst v. Marschall vom Militärkabinett aufgezeichnet hat<sup>46</sup>: Marschall befürchte, daß Ludendorff in seinem maßlosen Ehrgeiz und Stolz den Krieg bis zur völligen Erschöpfung des deutschen Volkes führen und dann die Monarchie den Schaden zu tragen haben werde<sup>47</sup>. Jetzt, Ende September 1918, gestand Ludendorff immerhin die Niederlage ein, begann aber sofort, die Verantwortlichkeit auf ganzer Front zu verschieben. In den letzten Tagen, so erklärte er am 1. Oktober, sei der OHL zum ersten Male die Frage vorgelegt worden, was das Heer noch zu leisten imstande sei. Antwort: OHL und Heer seien am Ende. In Wirklichkeit hatten wenige Tage nach der Niederlage der 2. Armee vom 8. August Besprechungen der OHL mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Spa stattgefunden, in denen der Reichsleitung aber noch immer der volle Ernst der Lage vorenthalten worden war<sup>48</sup>. Sechs Wochen später wurde die weiße Fahne gehißt. Damit aber nicht genug. Ludendorff schlug dem Kaiser vor, die Kreise an die Regierung zu bringen, „denen wir es in der Hauptsache zu danken hätten“, daß es so weit gekommen sei! Die Suppe sollten jetzt die essen, „die sie uns eingebrockt hätten“<sup>49</sup>!

Hatten nicht die sogenannten Mehrheitsparteien sich zur Friedensresolution vom 19. Juli 1917 bekannt, d. h. zu einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, und zwar in einem Augenblick, da die militärische Lage noch als gefestigt angesehen werden konnte und jedenfalls keine Katastrophe bevorstand? Und war diese Reso-

<sup>45</sup> Eine Vorahnung bekamen wir bereits durch S. A. Kaehlers Schrift: Zur Beurteilung Ludendorffs im Sommer 1918 (Göttingen 1955). Er hatte Gelegenheit gehabt, Thaers Niederschriften zu benutzen und Auszüge davon zu veröffentlichen. Die Aufzeichnungen erlangen ihren vollen Wert allerdings erst dadurch, daß sie uns nun vollständig vorliegen. Kaehler berichtet in der Einleitung dazu (S. 4), daß es langer Bemühungen bedurft habe, um Thaer die Einwilligung abzurufen, daß seine Erinnerungen nach seinem Tode (23. 6. 57) in den Abhandlungen der Göttinger Akademie erscheinen dürften.

<sup>46</sup> Groener, S. 316; am 29. August fand der Wechsel in der OHL statt.

<sup>47</sup> Marschall hat Groener zufolge im August 1916 seine Auffassung in einer Denkschrift niedergelegt, da er die Verantwortung für den Wechsel in der Heeresleitung nicht tragen könne. Groener, a. a. O., S. 316.

<sup>48</sup> Vgl. dazu unsere Anm. 35!

<sup>49</sup> Thaer, S. 235.

lution nicht gegen den Willen der OHL ergangen<sup>50</sup>? Nun traf alle Beteiligten die Erklärung, OHL und Armee seien am Ende, wie ein Keulenschlag. Selbst Ludendorffs nächste Mitarbeiter waren völlig überrascht<sup>51</sup>.

Wie konnte angesichts dieser Tatsachen Ludendorff später die Schuld Kreisen zuschreiben, die zu einem relativ günstigen Frieden auch unter Opfern bereit gewesen waren? Leider hatte er mit seinen Beschuldigungen vollen Erfolg. Aus jenen Tagen datiert die Dolchstoßlüge, an der der Staat von Weimar mit zerbrochen ist.

An sich ist schon Ludendorffs Wort vom 19. August 1917, wir könnten jeden Tag Frieden haben, wenn wir Belgien zurückgäben, eine indirekte Widerlegung der von ihm ausgegebenen Dolchstoßlegende: um illusionärer Kriegsziele willen hatte er eine von ihm selbst behauptete (vom Historiker allerdings anzuzweifelnde) Möglichkeit des Verständigungsfriedens verscherzt. Ludendorff hat bis zu seinem Tode den Vorwurf des Dolchstoßes erhoben, obwohl er nach seinem eigenen Zeugnis wissen mußte, daß dieser Vorwurf unberechtigt war. Und nach seinem Tode wirkte diese Legende noch im Reichsarchivwerk im Widerspruch zu den in ihm dargelegten Ergebnissen weiter. Wie an anderer Stelle gezeigt worden ist<sup>52</sup>, stellt das Bundesarchiv als Herausgeber mit Recht fest<sup>53</sup>:

„Der auf dem letzten Bogen des XIV. Bandes zweimal, wenn auch in vorsichtiger Abschwächung gebrauchte Begriff des Dolchstoßes findet beispielsweise nicht nur keine Rechtfertigung in den Darlegungen der vorausgehenden Kapitel, sondern wird u. E. von ihnen auch unmittelbar widerlegt.“

In gleicher Weise wie 1917 verkannte Ludendorff die tatsächliche Lage Ende September 1918: Als der totale Zusammenbruch drohte, wollte man sich auf Wilsons 14 Punkte berufen, obwohl man wissen mußte, daß dieses Programm einen Verhandlungsfrieden, d. h. eine entsprechende politische Gesamtsituation, voraussetzte.

<sup>50</sup> Vier Wochen nach der Friedensresolution, am 19. August 1917, erklärte Ludendorff dem General v. Kuhl: Wenn wir Belgien zurückgäben, könnten wir jeden Tag Frieden haben. Reichsarchiv XIII, S. 16. Kronprinz Rupprecht a. a. O., Bd. II, S. 247. – Ein aufschlußreiches Pendant dazu stellt eine Ansichtskarte dar, die ein Soldat im April 1917 nach Hause schrieb. Unter dem Bild der Kriegsverpflegungsanstalt Herbesthal steht: „Grenze zwischen Deutschland und dem früheren Belgien.“ Bei solchen Dokumenten, die nur mit Billigung von höchster Stelle gedruckt sein konnten, war es verständigungsbereiten Kreisen der Gegenseite schwer gemacht, auf deutscher Seite an die Bereitschaft zu einem Frieden des Ausgleichs zu glauben.

<sup>51</sup> Thaer, S. 235: „Die unmittelbar nach der Erklärung Ludendorffs verfaßte Schilderung seines Auftretens und von dessen Wirkung auf die völlig überraschten Angehörigen der OHL entzieht der später von Ludendorff verbreiteten Legende von der eigentlichen Urheberschaft des Auswärtigen Amtes am Waffenstillstandsangebot endgültig den Boden. Besonders hervorzuheben sind aus dieser Schilderung die Sätze, in denen Ludendorff bereits an diesem Tage den von ihm entdeckten Sündenbock für die nahende Katastrophe beim Namen nennt.“ (Siegfried A. Kaehler in der Einleitung zu Thaer; S. 13.)

<sup>52</sup> Aufsatz des Verfassers: „Geschichte – ohne Geheimschutz“, Dtsch. Rundschau 1957, S. 587 ff. Zur Entstehung der Dolchstoßlegende: M. J. Bonn, So macht man Geschichte, München 1953, S. 229 ff.

<sup>53</sup> Reichsarchiv XIV, S. 514.

Noch am 9. Juli 1918 hatte Ludendorff den Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann erzwungen, weil dieser am 24. Juni im Reichstag erklärt hatte: Ohne einen Gedankenaustausch werde bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können<sup>54</sup>. Kühlmanns Worte hatten sich an die englische Adresse gerichtet, da er dorthin – wenn auch noch sehr dünne – Fäden gesponnen hatte<sup>55</sup>.

Die Waffenstillstandsforderung vom 29. September hingegen, sagt Schwertfeger mit Recht<sup>56</sup>, „bedeutete das Hissen der weißen Flagge. Nunmehr wußten unsere Feinde, daß die deutschen Heerführer den Kampf als verloren ansahen, daß sie zu retten suchten, was noch möglich war. Sie bestätigten der Entente ihren Sieg.“ – Trotzdem lebte Hindenburg noch in Illusionen. Am 29. September besprach er mit Ludendorff, Heye und Hintze die Lage. Der Staatssekretär hat später darüber berichtet, Ludendorff habe sich mit der Revolution von oben und Frieden einverstanden erklärt unter Bestehen auf seiner Hauptforderung: sofortiger Waffenstillstand. Darauf habe Hindenburg in die Debatte eingegriffen und von Hintze verlangt, daß er beim Friedensschluß die Annexion von Briey und Longwy durchsetze, worauf Ludendorff schroff erwidert habe: „Dazu ist jetzt nicht mehr die Zeit“<sup>57</sup>. – Wir sehen hier, wie man Gefangener seiner eigenen Eroberungspläne geworden war. Man zeigte die weiße Flagge, und im gleichen Augenblick glaubte man dem Gegner noch wertvolle Kohlengebiete wegnehmen zu können.

### Ludendorff erzwingt seine Entlassung

In seiner Note vom 23. Oktober 1918 hatte Wilson erklärt, der abzuschließende Waffenstillstand müsse derart sein, daß er eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten von seiten Deutschlands unmöglich mache. Darauf erließ die OHL am 24. Oktober einen Befehl zur Bekanntgabe an alle Truppen, in dem es hieß, Wilson verlange die Kapitulation. Sie sei für die Soldaten unannehmbar<sup>58</sup>. Die Generale forderten den Abbruch der Verhandlungen. Daraufhin stellte der Reichskanzler Prinz Max von Baden die Kabinettsfrage. Am 26. Oktober wurde Ludendorff in einer Audienz beim Kaiser auf sein Verlangen entlassen. Auch dazu erhalten wir neue Aufschlüsse, die einer Ludendorffschen Legende entgegenstehen.

Am 25. Oktober vormittags hatte Thaer in sein Tagebuch geschrieben<sup>59</sup>: Am

<sup>54</sup> Schultheß, *Europ. Geschichtskalender 1918*, I, S. 210.

<sup>55</sup> Kühlmann, *Erinnerungen*, Heidelberg 1948, S. 569 ff.

<sup>56</sup> UDZ, Bd. 2, S. 324.

<sup>57</sup> UDZ, Bd. 2, S. 405.

<sup>58</sup> *Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes*, Berlin 1927, S. 189, 194.

<sup>59</sup> Thaer, S. 243.

Abend zuvor sei die neueste schreckliche Antwortnote Wilsons bekanntgeworden. Darauf habe Ludendorff an alle Heeresgruppen telegraphiert, den Kampf mit äußerster Kraft fortzusetzen, da Wilsons letzte Note die vollständige Wehrlosmachung Deutschlands als Bedingung stelle. Den alten Feldmarschall, der schon schlief, habe man gar nicht mehr davon unterrichtet, auch nicht die Reichskanzlei und das Auswärtige Amt. „Ich fürchte, daß es einen großen Stunk geben wird.“ Diese Ahnung war sehr berechtigt. In seinen Kriegserinnerungen gibt Ludendorff bei der Darstellung der Audienz, die zu seiner Entlassung führte, an, der Kaiser habe sich namentlich gegen den Armeebefehl vom 24. abends geäußert. „... Es folgten einige der bittersten Minuten meines Lebens. Ich sagte S. M. in ehrerbietiger Weise, ich hätte den schmerzlichen Eindruck bekommen, daß ich nicht mehr sein Vertrauen besäße und daher alleruntertänigst bäte, mich zu entlassen. S. M. nahm das Gesuch an<sup>60</sup>.“ Sehr viel schärfer äußerte sich Ludendorff im Jahre 1926 vor dem Deutschvölkischen Offiziersbund in München bei zwei Vorträgen „Über das Kriegsende“ und „Über die Vorgänge beim Waffenstillstand“. Zu seiner Entlassung sagte er jetzt: „Über die Vorgänge dort zu sprechen, das erlassen Sie mir. Ich möchte nur anfügen: Als ich sagte: Euer Majestät, ich muß gehen, antwortete der Kaiser: Sie tun mir einen Gefallen, wenn Sie gehen, denn ich muß mir mit Hilfe der Sozialdemokratie ein neues Reich aufbauen. Daraus ersehen Sie, wie dieser Monarch getäuscht worden ist<sup>61</sup>.“

Die Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt gibt einen sehr viel sachlicheren, wenn auch farblosen Bericht über den Empfang Hindenburgs und Ludendorffs durch den Kaiser im Schloß Bellevue<sup>62</sup>: Nach den Tagebuchaufzeichnungen des dabei anwesenden Generalobersten v. Plessen habe sich der Kaiser zunächst gegen den Erlaß der OHL vom 24. Oktober gewandt, welcher direkt gegen die nun einmal eingeschlagene, von ihm gutgeheißene Politik gehe, eine Politik, welche dem 29. September-Vortrage ihren Ursprung verdanke, in dem Ludendorff damals den Zusammenbruch der Armee gemeldet und den Abschluß eines Waffenstillstandes so schnell als möglich für unumgänglich erklärt habe. Wenn auch dieser Zusammenbruch nicht erfolgt sei und die Beurteilung der militärischen Lage danach sich sehr viel günstiger gestaltet habe, so sei doch das Vertrauen des Volkes damit erschüttert gewesen. Er, der Kaiser, habe deshalb auf den Wunsch des Reichskanzlers noch einige Generale aus der Front bestellt, um ihr Urteil über den Zustand der Armee zu hören. Darauf erklärten beide, sie bäten um ihren Abschied. Der Kaiser habe das Abschiedsgesuch Ludendorffs angenommen, aber das gleiche Gesuch Hindenburgs abgelehnt.

v. Thaer bringt nun eine Darstellung, die von dem, was uns bisher bekannt war, ganz erheblich abweicht; sie hat den entscheidenden Vorzug der Unmittelbarkeit. Am 27. Oktober – also einen Tag nach Ludendorffs Entlassung – sprach er den

<sup>60</sup> S. 617.

<sup>61</sup> Die Revolution von oben, 2 Vorträge, Lorch/Wttbg. 1926, S. 35.

<sup>62</sup> Reichsarchiv XIV, S. 674.

General etwa 10 Minuten unter vier Augen<sup>63</sup>. Er berichtet darüber<sup>64</sup>, Ludendorff sehe entsetzlich trübe in die Zukunft; in der Regierung seien nur schlappe Seelen, kein einziger Mann. Thaer stimmt hier mit dem General nicht überein, denn in seinen Aufzeichnungen fährt er fort, man müsse leider sagen, daß Ludendorff selber mitschuldig sei, denn er habe Ende September – Anfang Oktober sehr scharf auf baldigen Abschluß des Waffenstillstandes gedrängt. Beim besten Willen könne er – Thaer – nicht sehen, wie die Lage durch die Fortsetzung des Krieges sich bessern könne.

Wir lesen dann weiter bei Thaer über Ludendorffs Darstellung der Vorgänge, S.M. sei schon vom Beginn der Unterredung an sehr schlechter Stimmung und gereizt gewesen und habe dem Generalstab Vorwürfe gemacht, daß er ihn in eine furchtbare Lage gebracht habe, da er vor knapp vier Wochen Waffenstillstand verlangt habe, nun aber wieder weiterkämpfen und Wilson ablehnen wolle und ohne des Reichskanzlers Wissen dies schon den Heerführern mitgeteilt habe. Darauf habe der Feldmarschall angefangen, etwas zu „brummeln“, was aber eine ganz schwache Verteidigung des Generalstabes gegen diese Vorwürfe gewesen sei. Da habe er, Ludendorff, eingegriffen und zunächst mal S.M. vorgehalten, was er seinem Generalstab mit zu verdanken habe. Darauf habe er sehr schnell auf seine Person übergelenkt und, wie er selbst sagte, in einem sehr schroffen Ton dem Kaiser erwidert, er wisse ja genau, daß es jetzt bloß um seine – Ludendorffs – Person sich drehe, also bitte er hiermit um seine Entlassung. S.M. sei darauf auch ziemlich heftig geworden und habe gesagt, davon sei vorläufig keine Rede, jedenfalls wann und ob Ludendorff ginge, das werde er, der Kaiser, bestimmen. Ludendorff sei aber absolut fest geblieben, habe sein Entlassungsgesuch energischer wiederholt, und während nun der Feldmarschall erklärt habe, wenn Ludendorff ginge, müsse er auch um seinen Abschied bitten, habe S.M. gesagt, nun gut, wenn Ludendorff partout seiner Stellung enthoben werden wolle, dann solle das geschehen, aber von einer Entlassung aus dem Dienst jetzt im Kriege könne keine Rede sein. Ludendorff solle sich aussuchen, welche Heeresgruppe er übernehmen wolle, die solle er haben, und wenn S.M. diejenige seines Sohnes frei machen und ihm übergeben müsse. Aber verabschieden wolle er ihn nicht, er müsse weiter in seinem Dienst bleiben. Ludendorff habe dann gesagt, das käme gar nicht in Frage, habe sich mit einer kurzen Verbeugung empfohlen und das Lokal verlassen . . .

Der Feldmarschall soll geäußert haben, Ludendorff sei eigentlich sehr scharf gegen S.M. gewesen, was dieser sich einmal mit den Worten verboten habe: „Sie vergessen wohl, daß Sie mit dem Könige reden.“ So weit Thaer. Man mag damit noch einmal vergleichen, was Ludendorff in seinen Kriegserinnerungen 1919 geschrieben hat<sup>65</sup>: „Meine Herren und die Armee in diesem schweren Augenblick zu verlassen, griff mich an. Bei der Auffassung, die ich von meiner Stellung als

<sup>63</sup> Ludendorff und Thaer waren seit langen Jahren miteinander bekannt. Thaer verkehrte als Student im Hause von Ludendorffs Eltern. Später arbeitete er unter Ludendorff im Generalstab als dessen unmittelbarer Untergebener (Thaer, S. 189).

<sup>64</sup> Ebenda, S. 46 ff.

<sup>65</sup> S. 617.

Offizier gegenüber meinem Allerhöchsten Kriegsherrn hatte, konnte ich nicht anders handeln, als ich es tat, so unendlich schwer es mir wurde.“ Gegenüber solcher Verschleierung hat Siegfried Kaehler mit Recht betont<sup>66</sup>: „Auf das Ganze der preußischen Heeresgeschichte gesehen, hat die Stunde der Auseinandersetzung zwischen dem König und seinen Heerführern wohl keine Vorgängerin aufzuweisen: Was sich während des Empfangs in den Morgenstunden des 26. Oktober im Schloß Bellevue zutrug, war das Ende des preußischen Heerkönigtums.“ Vergeblich habe der Kaiser versucht, die Autorität des Obersten Kriegsherrn geltend zu machen; vergeblich habe er den in unehrerbietiger Form auftretenden General an die fortdauernde Dienstpflicht des Offiziers während des Krieges gemahnt unter Angebot der Übernahme eines Heeresgruppen-Kommandos, „und wenn es das meines eigenen Sohnes sein müßte“. Ludendorff habe auf seiner sofortigen Verabschiedung bestanden – in mündlicher Auseinandersetzung! –, nicht wie ein durch Treueid verpflichteter Offizier, sondern wie ein Politiker des von ihm mißachteten parlamentarischen Systems. – Versuche man, die Gegensätze auf eine kurze Formel zu bringen, so wäre zu sagen: Über seine militärische Verantwortung längst hinausgreifend, sei der preußische General so politisiert worden, daß er unter Verletzung seiner Dienstpflicht wie der soldatischen Kameradschaft im Kriege dem Befehl des Königs den Gehorsam verweigert habe. Sein Verhalten am 26. Oktober gehöre durchaus zu den moralischen Zersetzungserscheinungen innerhalb des durch Überforderung zerstörten preußisch-deutschen Heeresgefüges. Ludendorffs trotziges Beharren auf der Abschiedsforderung in unehrerbietiger Form bedeute eine schlimmere Verletzung der herkömmlichen Auffassung von der Gehorsamspflicht des preußischen Offiziers, als man sie der vielberufenen, nach der ausgebrochenen Revolution gefallenen Äußerung Groeners über die Hinfälligkeit des Fahneneides zum Vorwurf zu machen pflege. Denn Ludendorff habe aus verletzter Eitelkeit und aus ichbezogener Überschätzung seiner persönlichen Bedeutung gehandelt, ohne Rücksicht auf die Wirkung seines Verhaltens auf die Gesamtheit, während Groeners Ausspruch nur den wirklichen Sachverhalt als Ursache des in Gang befindlichen Zusammenbruches beim Namen genannt und durch seine Stellungnahme die Heeresführung vor dem Eintritt in den aussichtslosen Bürgerkrieg bewahrt habe.

Nach dieser kritischen Würdigung Ludendorffs durch Kaehler verstehen wir, was das Bundesarchiv meint, wenn es im Vorwort zu Band XIII des Reichsarchivwerkes sagt: „Eine rücksichtslose Darlegung der Ereignisse wäre beispielsweise zu Lebzeiten Ludendorffs der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt eingestandenermaßen nicht möglich gewesen.“

#### Der 9. November

Auch zu den umstrittenen November-Tagen erfahren wir aus den neuen Quellen aufschlußreiche Einzelheiten. Oberst v. Velsen bestätigt, daß Groener sich bewußt

<sup>66</sup> Thaer, S. 15 ff. (Vorwort des Herausgebers).

war, welch undankbare Aufgabe er übernahm. In einem Gespräch vor Groeners Abreise von Kiew nach Spa habe er versucht, den Bann mit der Bemerkung zu brechen, daß, wenn Ludendorffs Fortgang unvermeidlich geworden sei, er, Groener, bei ihm – Velsen – und vielen anderen das größte Vertrauen finden würde<sup>67</sup>. Darauf habe Groener geantwortet: „Das sind doch Redensarten. Was jetzt folgt, nimmt seinen unabwendbaren Verlauf, und für ihn werde ich nun den Prügelungen abgeben müssen.“ Auch das Reichsarchiv sagt: „Unter allerschwierigsten Verhältnissen übernahm er ein im höchsten Grade undankbares Amt . . . Dabei kannte er die volle Größe der drohenden innerpolitischen Gefahr zunächst noch nicht“<sup>68</sup>. – In Thaers Aufzeichnungen tritt die Kaiser-Frage scharf heraus. In einem Brief vom 1. November<sup>69</sup> gibt er die Meinung des nunmehrigen Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Solf, wieder, der Kaiser möge sich selbst opfern, da er durch die gewissenlose Hetze in Amerika der bestgehaßte Mann sei. Sein Abgang würde die Stellung und das Ansehen des Präsidenten Wilson sehr stärken. Nach seinem Tagebuch vom 5. November<sup>70</sup> erhielt Thaer von dem konservativen Abgeordneten v. Maltzan einen Brief, in dem es hieß, seiner Ansicht nach könnten die Dynastie und die Monarchie nur noch gerettet werden, wenn Kaiser und Kronprinz abdankten.

Aber die Ereignisse überholen solche Erwägungen. Am 5. November abends kommt die Nachricht ins Hauptquartier, daß in Kiel die Marine meutere. Am 7. November äußert Thaer Zweifel, ob man sich noch auf die eigene Truppe verlassen könne; die Versorgung der gesamten westlich des Rheins stehenden Truppen sei gefährdet.

Am 8. November bearbeitet v. Thaer den beschleunigten Rücktransport von drei Divisionen, den einzigen, die zur Zeit hinter der Front verfügbar und abkömmlich sind. Darunter befindet sich die 52. Reservedivision. Diese Divisionen sollen die Brückenköpfe von Köln und weiter nördlich, die von Aufrührern besetzt sind, zurückgewinnen. Aber am 9. November erfährt Thaer von einem zur 52. Res.-Division entsandten Generalstabsoffizier, daß die Zustände dort katastrophal seien. Die ganze Division sei in heller Meuterei, verschenke und verkaufe ihre Waffen an die Belgier<sup>71</sup>. Widerstrebend bestätigt Thaer, daß die kampflose Hinnahme der Revolution unvermeidbar war: „Ich selbst hatte, einerseits durch Groeners Gründe, hauptsächlich aber durch Loßberg . . . mich überzeugen lassen, daß wir am heutigen Tage keine Machtmittel hatten, die Revolution sofort niederzuschlagen“<sup>72</sup>.

Nur wer in Wunschträumen lebte oder die Wirklichkeit nicht sehen wollte, konnte später den Vorwurf erheben, daß gegen die Revolution nicht eingeschritten worden sei. Selbst einige der besten und zuverlässigsten Truppenteile hatten erklärt,

<sup>67</sup> Velsen a. a. O., S. 291.

<sup>68</sup> Reichsarchiv XIV, S. 694.

<sup>69</sup> Thaer, S. 250.

<sup>70</sup> Ebenda, S. 252.

<sup>71</sup> Ebenda, S. 257.

<sup>72</sup> Ebenda, S. 258.

daß sie wohl bereit seien, gegen äußere Feinde weiterzukämpfen, daß sie sich aber gegen eigene Leute nicht verwenden lassen würden.

Wenn die maßgebenden Persönlichkeiten vom Zusammenbruch überrascht wurden, dann war dies auch eine Folge davon, daß man zu sehr die Taktik des Beschönigens und Bagatellisierens befolgt hatte. Schon im Jahre 1917 bekam Groener vom Generaladjutanten Generaloberst v. Plessen Vorwürfe zu hören, weil er den Kaiser hatte warnen lassen. Er erklärte darauf Plessen, daß er dies für seine Pflicht halte und die Auffassung vertrete, daß es notwendig sei, dem Kaiser den wahren Stand der Dinge nicht zu verheimlichen, sondern ihm die volle Wahrheit zu sagen. Plessen verbot ihm gleichwohl, in Zukunft dem Kaiser Warnungen zugehen zu lassen, worauf Groener erwiderte, daß er sich der Weisung füge, daß dann aber alle Verantwortung für die weitere Entwicklung auf diejenigen falle, die dem Kaiser die Wahrheit fernhielten<sup>73</sup>.

Es wurde schließlich zum Verhängnis, daß man vor den harten Tatsachen in Illusionen geflüchtet war, und es ist tragisch, daß der Mann, der klarer und nüchterner gesehen hat als andere, später mit Vorwürfen überschüttet wurde, weil er am 9. November gegenüber der Pathetik etwa Schulenburgs erklärte: „Was sind in diesem Augenblick Fahneid und Oberster Kriegsherr? In solcher Stunde sind das nur Worte, handelt es sich nur um eine Idee.“ Während seine Widersacher in den Ereignissen des 9. November nur eine Revolte oder Meuterei sahen, spürte Groener, daß hier ein tiefgreifender geschichtlicher Wandel sich vollzog.

### Rückblick

Wenn wir zurückschauen auf die Zeit vor vierzig Jahren, in das so schicksalhaft gewordene Jahr 1918, dann sehen wir, wie sich das Urteil über Menschen und Ereignisse gewandelt hat. Front und Heimat hatten Großes geleistet, aber Mangel an Wirklichkeitsinn und verletztes Selbstgefühl ließen das deutsche Volk nach Gründen für seine Niederlage suchen, obwohl diese offen zutage lagen. Man glaubte an das „Im Felde unbesiegt“. Es mußten also dunkle Mächte am Werk gewesen sein, die den Sieg verhindert hatten. Der Großteil derer, die dieses Schlagwort nachbeteten, hat es gutgläubig getan. Dagegen ist der Hauptverfechter jener unheilvollen Thesen, der General Ludendorff, nicht gutgläubig gewesen. Die Aufzeichnungen Thaers haben dafür den klaren Beweis erbracht.

Im Vergleich zu Ludendorff hat sich Groener doch anders verhalten. Zwar konnte es auch ihm, wie er selbst einräumt<sup>74</sup>, im Interesse des Ansehens der Armee „nur lieb“ sein, wenn bei den Waffenstillstandsverhandlungen, „von denen nichts Gutes zu erwarten war, das Heer und die Heeresleitung so unbelastet wie möglich blieben“. Doch hat er in großen Entscheidungen persönlich wiederholt den seltenen Mut zur Unpopularität gezeigt und sich später stets zu der von ihm übernommenen Verantwortung bekannt. So konnte er im Juli 1930 mit Recht schreiben: „Ich bin

<sup>73</sup> Groener, S. 367.

<sup>74</sup> Ebenda, S. 449.

der vielleicht etwas überheblichen Ansicht, daß mich das Schicksal vor die folgenschwersten Entschlüsse gestellt hat, die es überhaupt geben kann, und zwar immer in dem Augenblick, wo sich auf weiter Flur kein anderer fand, um die Verantwortung zu übernehmen. Ich habe mich zu dieser Verantwortung nicht gedrängt, bin ihr aber auch nicht, wie so mancher andere, ausgewichen<sup>76</sup>.“

Überblicken wir die Ergebnisse unserer Arbeit, so müssen wir der Feststellung des Bundesarchivs recht geben: Der sieglose Ausgang des Krieges hätte die schärfste Untersuchung über die Bewährung von Einrichtungen und Persönlichkeiten veranlassen müssen. Daß das nicht geschehen ist, hat sich bitter gerächt. Der Mangel an Selbsterkenntnis wurde zu einem Meilenstein auf dem Wege, der zum 30. Januar 1933 geführt hat, aber auch zum 8. Mai 1945.

---

<sup>76</sup> Brief an Generalmajor v. Hahnke, abgedr. bei Groener-Geyer, S. 343.